

Umkämpfte Gerechtigkeit

Konflikte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung beim Kohleausstieg

Tobias Kalt

1. Einleitung

Transformationskonflikte werden häufig vehement geführt. Dies liegt auch daran, dass es nicht allein um technische Fragen der Dekarbonisierung, sondern um Gerechtigkeit geht. Die Erkenntnis, dass sozialökologische Transformationsprozesse an Gerechtigkeitsprinzipien ausgerichtet sein müssen, hat sich inzwischen in der Transformationsdebatte durchgesetzt (siehe Morena/Krause/Stevis 2019). Doch wie sieht eine gerechte Transformation aus, wenn unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit kursieren und gegensätzliche Anforderungen an Transformationsprozesse gestellt werden? Insbesondere Gewerkschaften und Klimabewegungen geraten mit ihren unterschiedlichen und teils widerstreitenden Interessen, Zielen und Gerechtigkeitsvorstellungen immer wieder in Transformationsprozessen in Konflikt (Räthzel/Stevis/Uzzell 2021). Beim Kohleausstieg in Deutschland wird dies besonders deutlich. Hier wird darum gekämpft, was eine gerechte Transformation ausmacht und inwiefern die Gerechtigkeitsvorstellungen der Beschäftigten in fossilen Industrien, der Anwohner:innen am Rande der Tagebaue, der jungen und zukünftigen Generationen oder der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Menschen im ›globalen Süden‹ berücksichtigt werden.

Im Folgenden beschreibe ich den Konfliktverlauf, die zentrale Konfliktlinie und konkrete Konfliktpunkte zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung im deutschen Kohlekonflikt. Klima-Aktivist:innen kämpfen für einen schnellen Kohleausstieg, globale Klimagerechtigkeit und die von Tagebauerweiterungen bedrohten Dörfer und Wälder. Gewerkschaften hingegen

fordern einen behutsamen und graduellen Reduktionspfad, die soziale Absicherung und gesellschaftliche Wertschätzung von Kohlearbeiter:innen, eine sichere und günstige Energieversorgung, wie auch einen gerechten Strukturwandel in den Kohleregionen. Der wahrgenommene Gegensatz zwischen Arbeitsplätzen und Klimaschutz durchzieht als zentrale Konfliktlinie die Debatte, in der es um Fragen der Umweltgerechtigkeit wie Verteilung, Beteiligung, Anerkennung und Wiedergutmachung geht. Ich identifiziere zwei dominante Strategien, mit denen dieses Gerechtigkeitsdilemma im Transformationskonflikt bearbeitet wird. Mit Konfrontationsstrategien versuchten Gewerkschaften, Arbeitsplätze im Kohlesektor zu erhalten und den aus Klimaperspektive notwendigen frühen Kohleausstieg zu verhindern. Umgekehrt versuchte die Klimabewegung die Forderung nach radikalem Klimaschutz gegen die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten im Kohlesektor durchzusetzen. Im Kontext der Kohlekommission verfolgten Gewerkschaften und Umweltverbände dann Strategien, die auf Kompromissfindung zwischen den widerstreitenden Interessen der beiden Seiten abzielten. Während sowohl Konfrontations- als auch Kompromissstrategien das Narrativ *Arbeit vs. Klima* reproduzieren, zielte eine dritte bisher nur in Ansätzen erkennbare Strategie darauf ab, die Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima* zu *Arbeit und Klima vs. Kapital* zu verschieben.

Der Beitrag macht deutlich, dass sozialökologische Transformationen keine reibungslosen, technokratischen und linearen Prozesse sind, sondern durch soziale Kämpfe gestaltet, durchgesetzt oder verhindert werden. Dabei werden verschiedene Gerechtigkeitsvorstellungen erkennbar, zwischen denen Spannungen und teils schwer auflösbare Zielkonflikte bestehen. Aus einer politisch-strategischen Perspektive wünschenswert ist die Suche nach Transformationsstrategien, die so weit wie möglich verschiedene legitime Gerechtigkeitsvorstellungen zusammenbringen, ohne dabei hinter die Erfordernisse an radikalen Klimaschutz zurückzufallen.

2. Klimamobilisierungen für den Kohleausstieg

Mit *Fridays For Future* hat die Klima- und Anti-Kohle-Bewegung in Deutschland einen rasanten Aufschwung erlebt. Vielerorts wurden Schulstreiks und Massendemonstrationen organisiert, Basisgruppen aufgebaut und breite gesellschaftliche Allianzen gesucht; alles mit dem Ziel die Regierung zur Einhaltung der Pariser Klimaziele zu verpflichten. Innerhalb von *Fridays For Fu-*

ture finden derzeit Richtungskämpfe zwischen systemkritischen und modernisierungsoptimistischen Perspektiven und Strategiedebatten um Parlamentarismus und radikale und eskalierende Protesttaktiken statt (Schwarz/Teune 2020). Eine Klimabewegung gab es auch schon bevor *Fridays For Future* die Bewegungslandschaft durcheinanderwirbelte. Diese schaffte es, den Kohleausstieg auf die öffentliche Agenda zu setzen. Ihr radikaler Flügel um *Ende Gelände*, Aktivist:innen im Hambacher Wald und teils auch *Extinction Rebellion* und *Letzte Generation* versteht sich als Bewegung für Klimagerechtigkeit, die globale Gerechtigkeit, Systemwandel und Energiedemokratie fordert. Die Gruppen sind in horizontalen basisdemokratischen Strukturen organisiert und verfolgen durch die Anti-Atombewegung erprobte disruptive Protesttaktiken wie den massenhaften zivilen Ungehorsam, direkte Aktionen und am Rande auch Sabotageakte. Daneben gibt es einen gemäßigten institutionalisierten Flügel, dem die großen Umweltverbände und Umwelt-NGOs wie etwa BUND, *Greenpeace* und *Deutsche Umwelthilfe* angehören, und in dem Paradigmen der ökologischen Modernisierung neben Postwachstumsforderungen koexistieren. In ihrem Protestrepertoire sind Demonstrationen, Unterschriftensammlungen, Kampagnenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Lobbyarbeit und die immer bedeutsamer werdenden Klimaklagen. In der Mehrheit kommen die Bewegungsteilnehmer:innen aus den urbanen und akademischen Milieus der Mittelschichten. Darüber hinaus machen FLINTA^{*1} einen großen Teil der Klimaaktivist:innen aus, insbesondere bei *Fridays For Future* (de Moor et al. 2020: 121). Auch Schwarze Menschen und *People of Color* machen verstärkt ihre Präsenz in einer ›weiß‹-dominierten Bewegung geltend, etwa durch das *BIPoC Climate Justice Network*, das *Black Earth Collective* und die Antirassismus-AG bei *Ende Gelände*.

Nach dem Scheitern der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 orientierte sich die radikale Klimagerechtigkeitsbewegung weg von den internationalen Klimagipfeln und hin zu den Energiekämpfen vor Ort. Damit rückten die großen CO₂-Verursacher in den rheinischen, mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlerevieren in den Fokus der Klimamobilisierungen. Deutschland ist der weltweit größte Braunkohleproduzent mit einem Anteil von Stein- und Braunkohle an der Bruttostromerzeugung von 42,1 % im Jahr 2011, der bis 2021 auf 27,7 % sank und im Kontext des Kriegs in der Ukraine voraussichtlich wieder ansteigen wird (Umweltbundesamt 2022). Während in einer ersten Pro-

1 Die Abkürzung FLINTA* steht für Frauen, Lesben sowie intersexuelle, nicht-binäre und transgender Menschen sowie alle, die sich nicht als cis-männlich identifizieren.

testphase Umweltverbände und Bürger:innen-Initiativen seit Jahrzehnten gegen Kohletagebaue und Kohlekraftwerke demonstrierten, begann mit den Klimamobilisierungen eine zweite Protestphase, die einen bundesweiten Kohleausstieg auf die öffentliche Agenda setzte. Diese ist geprägt durch die jährlich stattfindenden Klimacamps in den Kohleregionen, Massenaktionen zivilen Ungehorsams zur Blockade von Kohleinfrastruktur durch das Bündnis *Ende Gelände* und die Besetzung des Hambacher Waldes. Unterstützt werden die Klimaproteste vom Bündnis *Alle Dörfer bleiben*, das gegen die Umsiedlung weiterer Dörfer aufgrund von Tagebauerweiterungen protestiert. Unter anderem ausgelöst durch die Zuspitzung des Konflikts im Hambacher Wald und deschwachen Kohlekompromisses der Bundesregierung begann mit *Fridays For Future* eine dritte Protestphase, die bis zu Beginn der *COVID19-Pandemie* durch eine hohe Bewegungs- und Mobilisierungsdynamik gekennzeichnet war.

Viele Jahre lang war die Bundesregierung im internationalen Vergleich Vorreiterin bei der Energiewende. Sie brachte den Ausbau erneuerbarer Energien voran, ohne dabei jedoch die Verbrennung fossiler Energien zu verringern (Umweltbundesamt 2022). Im Jahr 2015 scheiterte die Klimaabgabe auf alte Braunkohlemeiler und damit ein erster Versuch, die Kohleverstromung zurückzufahren. Zwei Jahre später platzten dann auch die schwarz-grün-gelben Koalitionsverhandlungen und damit der darin anvisierte Kohleausstiegplan. Aufgrund des wachsenden gesellschaftlichen und internationalen Drucks für einen Kohleausstieg rief die Große Koalition 2018 die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (häufig lediglich Kohlekommission genannt) ins Leben. Diese Kommission, der u.a. Umweltverbände und Gewerkschaften angehörten, einigte sich auf einen Kohleausstieg bis 2038, einen Strukturwandelplan für die Kohleregionen, einen Sozialplan für die Beschäftigten im Kohlesektor sowie den Erhalt des Hambacher Waldes und der bedrohten Dörfer. Die Umweltverbände schlossen sich diesem Kompromiss an, veröffentlichten jedoch ein Minderheitsvotum, in dem sie im Einklang mit *Fridays For Future* einen Kohleausstieg bis 2030 forderten. Auf Grundlage der Kommissionsempfehlungen verabschiedete die Regierung Mitte 2020 ein Gesetz zum Kohleausstieg, das jedoch nicht im Einklang mit den Pariser Klimazielen steht und wichtige Empfehlungen der Kommission ignoriert.² Die

2 Der größte Kritikpunkt am Kohleausstiegsgesetz vom 14. August 2020 ist das späte Ausstiegsdatum. Umstritten sind auch die hohen Ausgleichszahlungen für Kohleunternehmen, die als wirtschaftliche Anreize eine frühere marktgetriebene Stilllegung von Kraftwerken verhindern könnten. In direktem Widerspruch zu den Empfehlungen

durch die Klimabewegung gestärkten Grünen wurden im Jahr 2021 Teil der neuen Regierungskoalition und setzten im Koalitionsvertrag durch, dass der Kohleausstieg »idealerweise« bis 2030 abgeschlossen wird (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP 2021: 58). Im Zuge der sich zuspitzenden Energiekrise infolge des Ukrainekriegs begannen Diskussionen, den Kohleausstieg wieder nach hinten zu verschieben, auch wenn dies aus energietechnischer Perspektive nicht notwendig wäre (Hauenstein et al. 2022).

3. Gegenmobilisierungen und der Arbeit vs. Klima Konflikt

Die Anti-Kohle-Mobilisierungen blieben nicht unwidersprochen. Sie trafen auf eine Gegenbewegung von Gewerkschaften und Beschäftigten in der Kohle, die vor allem von der *Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie* (IG BCE) angeführt und von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi lange Zeit unterstützt wurde. Während Verdi die Beschäftigten in Kraftwerken und Stadtwerken vertritt, organisiert die IG BCE Beschäftigte im Braunkohlebergbau, teilweise auch in den Kraftwerken und ist darüber hinaus in den energieintensiven Stahl-, Chemie- und Papierbranchen tätig. Die Gegenmobilisierungen begannen 2015, ausgelöst durch die Anti-Kohle-Proteste sowie die Diskussion um die Klimaabgabe auf Kohlekraftwerke. IG BCE und Verdi veranstalteten gemeinsam Demonstrationen, Kundgebungen, Informationsveranstaltungen und Unterschriftensammlungen und übten durch Lobbyarbeit Druck auf politische Entscheidungsträger:innen aus. Dadurch leisteten die Gewerkschaften einen Beitrag dazu, dass die Klimaabgabe 2015 gestoppt und der Kommissionsbeschluss von 2019 ein späteres Ende der Kohle sowie einen Sozial- und Regionalentwicklungsplan mit umfangreichen Finanzmitteln beinhaltete.

Eine Reihe von Faktoren können erklären, warum trotz der geringen Beschäftigungsauswirkungen durch den Kohleausstieg³ eine gewerkschaftliche Gegenbewegung entstand. Zunächst finden sich im Kohlesektor gute und

der Kommission steht ein kaskadenförmiger statt linearer Stilllegungspfad, die Inbetriebnahme des neuen Kohlekraftwerks Datteln IV und die Räumung von sieben weiteren Dörfern für Tagebauerweiterungen.

- 3 Im deutschen Braunkohlesektor sind nach Schätzungen knapp 20.000 Kohlearbeiter:innen beschäftigt und in Steinkohlekraftwerken arbeiten geschätzt 5.700 Beschäftigte (RWI 2018: 11, 20).

gesicherte Arbeitsbedingungen, auch aufgrund erfolgreicher gewerkschaftlicher Kämpfe in der Vergangenheit. Es gibt hohe Löhne, Tarifverträge und Mitbestimmungsrechte, die in Zeiten der Prekarisierung der Arbeitswelt selten geworden sind. Während die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in vielen Sektoren rückläufig ist, liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Kohle bei weit über 80 % (Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019: 93). Viele Beschäftigte im Kohlesektor sehen darüber hinaus keine gleichwertigen Jobalternativen. Trotz hoher Beschäftigungspotenziale werden die erneuerbaren Energien skeptisch betrachtet aufgrund geringerer Löhne, fehlender Tarifbindung, schwacher gewerkschaftlicher Organisation, anderer beruflicher Qualifizierungsprofile, dem Arbeitsplatzabbau in den vergangenen Jahren und der geographischen Konzentration der erneuerbaren Energien in Küstennähe statt in den Kohleregionen (IG Metall 2014). Neben den direkt vom Kohleausstieg betroffenen Arbeitsplätzen sind auch die ebenfalls gewerkschaftlich gut organisierten energieintensiven Branchen indirekt betroffen und befürchten einen Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit, wenn der verbilligte und stetig verfügbare Kohlestrom wegfällt (Habrich-Böcker/Kirchner/Weißenberg 2015). Darüber hinaus sind aufgrund der jahrhundertelangen wirtschaftlichen und kulturellen Dominanz der Kohle in den Kohleregionen kollektive Vorstellungswelten stark geprägt von einem positiven Bezug zur Kohle, die Arbeitsplätze und Wohlstand in die Regionen brachte, die Macht der Arbeiter:innen stärkte und regionale Kulturen und Identitäten prägt (siehe Lewin 2017). In den Kohleregionen gibt es zudem bereits schlechte Erfahrungen mit Strukturbrüchen in der Vergangenheit. In Ostdeutschland sind statt der versprochenen blühenden Landschaften der Verlust zehntausender Arbeitsplätze in der Braunkohle in der Nachwendezeit sehr präsent im kollektiven Gedächtnis, während es in Westdeutschland der Niedergang des Ruhrgebiets und das Auslaufen der Steinkohleförderung ist (Wuppertal Institut 2016: 11). Widerstreben kommt auch aus Kommunen, die als Anteilseignerinnen oder Empfängerinnen von Gewerbesteuern finanziell vom wirtschaftlichen Wohlergehen der Kohleunternehmen abhängig sind (Behrmann 2018: 48f.). Letztendlich konnten die Gegenproteste auch deshalb Wirkung entfalten, weil die Gewerkschaften Teil eines politisch einflussreichen Kohlebündnisses aus Energie- und Industriekonzernen, Landesregierungen in NRW und Sachsen und der Bundes-SPD sind.

Trotz ihrer klaren Parteinahme für die Kohle leugnet die IG BCE nicht die Notwendigkeit des Umstiegs auf erneuerbare Energien. Dementsprechend argumentieren Gewerkschaftsvertreter:innen: »Wir sind nicht gegen

die Energiewende, aber gegen ein falsches Management der Energiewende.« (Interviewpartner NN1, persönliches Interview, IG BCE, 10.01.2019)⁴ Kohle wird als »eine wichtige Brückentechnologie für die Energiewende« (Interviewpartner NN1, persönliches Interview, IG BCE, 10.01.2019) bezeichnet, bis der Ausbau von erneuerbaren Energien, Stromnetzen und Speicherkapazitäten weiter fortgeschritten ist. Die IG BCE beschreibt auch schon vor dem Krieg in der Ukraine einen »überhasteten, unkontrollierten Ausstieg aus der Kohle« (IG BCE/Verdi 2018: 2) als ein Szenario, das Deutschlands Energiesicherheit und wirtschaftlichen Wohlstand gefährden würde. Ein Ausstieg aus der Kohle zusätzlich zum Ausstieg aus der Atomkraft würde die Versorgungssicherheit gefährden, Stromausfälle verursachen und Strompreise in die Höhe treiben. Gemeinsam mit der IG Metall, IG BAU und EVG rief die IG BCE 2014 die *Allianz für Vernunft in der Energiepolitik* ins Leben und setzt sich seitdem gegen eine »Energiewende mit der Brechstange« (IG BCE 2018a: o.S.) und ein »unsinniges Kohlemoratorium« (IG BCE 2016: o.S.) und für eine »Energiewende der Vernunft« ein (IG BCE 2019: o.S.). Mit ihrem Pro-Kohle-Kurs versuchen die Gewerkschaften, die Kohleindustrie so lange wie möglich am Leben zu halten, um negative Beschäftigungseffekte abzumildern, Zusagen für umfangreiche staatliche Finanzmittel zu erhalten und Sozial- und Strukturmaßnahmen umzusetzen. Der Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliadis brachte es auf die Formel: »Der Strukturwandel ist kein Sprint, sondern ein Marathon.« (IG BCE 2018b: o.S.)

Während Verdi und IG BCE zunächst gemeinsam agierten, verschob sich Verdis Position in Reaktion auf die erstarkende Klimabewegung und steigende öffentliche Zustimmungswerte für einen schnellen Kohleausstieg. Zunächst legte Verdi 2016 ein Gutachten für einen sozialverträglichen Kohleausstieg bis 2040 vor (Verdi 2016). Im Jahr 2019 trat die Gewerkschaft dann dem zivilgesellschaftlichen Bündnis *Klima-Allianz* bei, zeigte sich solidarisch mit *Fridays For Future* und sprach sich »ausdrücklich gegen die geplante Rodung des Hambacher Forsts sowie die generelle Zerstörung von Dörfern und Natur für den Braunkohleabbau aus« (Verdi 2019: o.S.). Kohlebefürworter:innen im Landesverband NRW wurden auf dem Bundeskongress offen kritisiert: »Unverständ-

4 Alle Zitate stammen aus einem Textkorpus, der 17 Interviews mit Klima-Aktivist:innen und Vertreter:innen von Gewerkschaften und Umweltverbänden sowie themenbezogene Veröffentlichungen (Pressemitteilungen, Blogartikel, öffentliche Statements, Kongressanträge und Resolutionen) der Konfliktparteien zwischen 2011 und 2020 umfasst.

lich ist, warum sich Verdi in NRW nun für das Profitinteresse von RWE instrumentalisieren lässt. Verdi vertritt die Interessen der Arbeitnehmer:innen bei RWE – aber auch die umweltpolitischen Interessen aller Mitglieder.« (Verdi 2019: o.S.) Diese Kursänderungen brachen die gewerkschaftliche Pro-Kohle-Allianz auf und verweisen auf anhaltende Spannungen innerhalb von Verdi und zwischen IG BCE und Verdi.

4. Umkämpfte Gerechtigkeitsvorstellungen

Verschiedene, teils widerstreitende Gerechtigkeitsvorstellungen finden sich beim Kohleausstieg auf beiden Seiten der Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima*. Die Klimagerechtigkeitsbewegung sieht den Klimawandel als globales Gerechtigkeitsproblem. Während die gravierendsten Klimafolgen vor allem im ›globalen Süden‹ auftreten, trägt der ›globale Norden‹, dessen Industrialisierung und Wohlstand auf fossiler Energienutzung, Kolonialismus und Imperialismus aufbaut, die historische Verantwortung für den Klimawandel. Diese *intra*-generationale Gerechtigkeitsdimension wird von *Fridays For Future* mit der Forderung nach *inter*-generationaler Gerechtigkeit erweitert. Zudem wurden mit der Zuspitzung des Konflikts um den Hambacher Wald vermehrt lokale Gerechtigkeitsforderungen laut, als Anwohner:innen forderten, dass keine weiteren Dörfer für Tagebauerweiterungen zerstört werden sollen (siehe Beckmann/Heyer, dieser Band: 89-116). Zusätzlich kämpfen Umweltverbände wie auch Baubesetzer:innen für den Schutz des artenreichen Hambacher Waldes und die Anerkennung der Rechte von nicht-menschlicher Natur. Die Gewerkschaften hingegen befürchten, dass ihre Mitglieder in Energie- und Industriebranchen die Hauptlast des Kohleausstiegs tragen und fordern Gerechtigkeit für die Beschäftigten und die Schaffung neuer tarifgebundener Industriearbeitsplätze durch den Strukturwandel. Ähnlich äußern sich Vertreter:innen der Kohleregionen und verlangen, dass der Kohleausstieg nicht zu Lasten der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung gehen darf.

In sozialökologischen Konflikten lassen sich aus Umweltgerechtigkeitsperspektive im Anschluss an David Schlosberg (2004) gemeinhin drei Typen von Gerechtigkeitsforderungen unterscheiden: Forderungen nach einer gerechten Verteilung von Kosten und Nutzen, Forderungen nach wirksamer Beteiligung an Entscheidungsprozessen und Forderungen nach Anerkennung und Wertschätzung kultureller Identitäten. Im deutschen Kohlekonflikt zeigt sich, dass diese Gerechtigkeitsforderungen umkämpft sind und Kohlegege-

ner:innen und Kohlebefürworter:innen um konkurrierende Vorstellungen von Verteilungs-, Anerkennungs- und Verfahrensgerechtigkeit streiten.

4.1 Verteilungsgerechtigkeit

Als eine zentrale Dimension in Energiekonflikten wird Verteilungsgerechtigkeit von McCauley et al. (2013: 108) definiert als »die physische Ungleichverteilung von Umweltvorteilen und Umweltschäden und die ungleiche Verteilung der damit verbundenen Verantwortlichkeiten [eigene Übersetzung⁵]«. Im Kohlekonflikt ist der Hauptstreitpunkt die Verteilung der sozio-ökonomischen, ökologischen und politischen Kosten des Kohleausstiegs. Die Gewerkschaften stellen die Verteilungslasten in den Mittelpunkt, die für die im Kohlesektor Beschäftigten und die Kohleregionen durch einen schnellen, unstrukturierten und nicht sozial abgedeckten Ausstieg entstehen würden. Die entstehenden Nachteile für Beschäftigte und Regionen sollen durch einen langsamen und sozialverträglichen Kohleausstieg mit Sozialmaßnahmen wie einem Anpassungsgeld und regionalen Strukturmaßnahmen abgedeckt werden. Gewerkschaften erwarten darüber hinaus, dass auch die breite Bevölkerung sozio-ökonomische Kosten tragen wird. So würde ein schneller Kohleausstieg den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, den Abbau von Industriearbeitsplätzen vorantreiben und zu steigenden Strompreisen führen, die einkommensschwache Haushalte besonders stark treffen. Zwar nehmen Gewerkschaften wahr, dass durch die Energiewende deutlich mehr Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien entstehen als im Kohlesektor wegfallen. Allerdings werden die potenziellen Vorteile der Energiewende aufgrund der schlechteren Arbeitsbedingungen und dem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in grünen Sektoren skeptisch betrachtet. Darüber hinaus hat die IG BCE kaum eine organisationspolitische Zukunftsperspektive in den erneuerbaren Energien, da nicht sie, sondern in erster Linie die IG Metall versucht, diese Branche gewerkschaftlich zu organisieren.

Demgegenüber wenden sich Klima-Aktivist:innen gegen die Externalisierung der sozialökologischen Kosten der Kohleförderung und -verstromung. Entgegen den Gewerkschaften, die einen zu schnellen Kohleausstieg für sozial ungerecht halten, sehen Aktivist:innen das Problem in der Verzögerung

5 »Energy justice is an inherently spatial concept that includes both the physically unequal allocation of environmental benefits and ills and the uneven distribution of their associated responsibilities.« (McCauley et al. 2013: 108)

des Kohleausstiegs. Dadurch verschärfen sich Klimafolgen für den ›globalen Süden‹ und die nächsten Generationen wie auch die negativen sozialökologischen Folgen für vom Bergbau bedrohte Dörfer, Wälder und landwirtschaftliche Flächen. Mit der Zunahme von Hitzewellen und Extremwetterereignissen, auch in Deutschland, bekamen auch die schon heute eintretenden Klimafolgen, welche gesellschaftlich benachteiligte Gruppen besonders treffen, verstärkt Aufmerksamkeit. Die Klimagerechtigkeitsbewegung kämpft daher für einen schnellen bzw. sofortigen Kohleausstieg, um den Klimawandel und die Externalisierung sozialökologischer Kosten zu begrenzen. Darüber hinaus beinhalten ihre Forderungen auch eine Dimension wiedergutmachender Gerechtigkeit (Robinson/Carlson 2021). Schon heute treten vor allem im ›globalen Süden‹ Klimaschäden auf, die auf den Treibhausgasausstoß frühindustrialisierter Länder in den letzten 150 Jahren zurückzuführen sind. Gleichzeitig hat der europäische Kolonialismus und westliche Imperialismus die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften im ›globalen Süden‹ gegenüber Klimafolgen erheblich geschwächt (Sealey-Huggins 2017). Die Klimagerechtigkeitsbewegung fordert daher Wiedergutmachung durch die Begleichung von historischen Klimaschulden durch den ›globalen Norden‹, um die Kosten für Klimaschutz und Klimaanpassung zu übernehmen und für klimabedingte Schäden und Verluste im ›globalen Süden‹ finanziell aufzukommen (Warlenius 2018).

4.2 Verfahrensgerechtigkeit

Neben den Auseinandersetzungen um gerechte Lastenverteilung finden sich im Kohlekonflikt auch Forderungen nach Teilhabe und »gerechten Verfahren, die alle Beteiligten auf nichtdiskriminierende Weise einbeziehen [eigene Übersetzung]⁶« (McCauley et al. 2013: 108). Klima-Aktivist:innen, Umweltverbände und Bürger:innen-Initiativen wollen über den Kohleausstiegspfad und die Zukunft der bedrohten Dörfer mitbestimmen. Auch die Gewerkschaften forderten Mitbestimmung ein und pochten mit Verweis auf die Sozialpartnerschaft darauf, gemeinsam mit Unternehmen und Regierung den Ausstiegsfahrplan mitzugestalten. Mit dem Slogan »Wir wollen die Energiewende mitgestalten, nicht ihr zum Opfer fallen« forderten Kohlearbeiter:innen ein Recht auf Beteiligung ein (IG BCE 2014: o.S.). Insbesondere

6 »Procedural justice, secondly, manifests as a call for equitable procedures that engage all stakeholders in a non-discriminatory way.« (McCauley et al. 2013: 108)

Beschäftigte im Lausitzer Revier sprechen von einem Demokratiedefizit angesichts begrenzter politischer Mitsprachemöglichkeiten: »Das ist etwas, was uns tief im Herzen verletzt – dass man uns nicht zuhört.« (IG BCE 2017: o.S.)

Mit der Kohlekommission schuf die Bundesregierung ein Verfahren, um verschiedene Stakeholder am politischen Entscheidungsprozess über den Kohleausstieg und Strukturwandel zu beteiligen. In der Kommission waren Gewerkschaften (IG BCE, Verdi, DGB), Umweltverbände (*Greenpeace*, BUND, DNR) und Bürger:innen-Initiativen (*Bürger für Buir*, *Grüne Zukunft Welzow*) vertreten. Hinzu kamen sieben Wirtschaftsvertreter:innen, fünf Wissenschaftler:innen, drei weitere Vertreter:innen aus den Regionen sowie die vier Kommissionsvorsitzenden. Aus Perspektive der Verfahrensgerechtigkeit ist kritisch anzumerken, dass konservative Politiker:innen überrepräsentiert und Vertreter:innen von Jugendverbänden und Interessensgruppen aus dem »globalen Süden«, also den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Gruppen, nicht am Verhandlungstisch vertreten waren. Dementsprechend kritisierten Klima-Aktivist:innen: »Das Kommissionsergebnis geht zu Lasten derer, die nicht mit am Tisch saßen: Menschen im globalen Süden und jungen Generationen.« (Ende Gelände 2019: o.S.) Ein weiteres Verfahrensdefizit bestand im lediglich empfehlenden Charakter der Kommissionsergebnisse. Als die Kommissionsvorschläge im Nachhinein im Gesetzgebungsprozess abgeschwächt wurden, distanzierte sich ein Viertel der Kommissionsmitglieder.

4.3 Anerkennungsgerechtigkeit

Eine weitere Gerechtigkeitsdimension zeigt sich in Forderungen nach kultureller Anerkennung, die aufkommen, wenn bestimmte Identitäten und Interessen nicht wahrgenommen werden (*non-recognition*) oder falsch, verzerrt oder abwertend repräsentiert werden (*mis-recognition*) (Jenkins et al. 2018: 177). In den Kohleregionen wird das klimapolitisch motivierte Ende der Kohle nicht nur als Bedrohung für Arbeitsplätze und Wohlstand, sondern auch für die regionale Kulturgeschichte und Identität gesehen. Viele Beschäftigte im Kohlektor nehmen die öffentliche Repräsentation von Kohlearbeiter:innen als unfair, respektlos und abwertend gegenüber ihren Lebensleistungen wahr (*mis-recognition*). Ein Betriebsratsvorsitzender bei RWE beschreibt es folgendermaßen: »Die Leute sagen sich: Wir machen hier seit Jahrzehnten eine wichtige Arbeit, wir sorgen für Strom. Und dann werden wir in der Öffentlichkeit als Buhmänner dargestellt. Das tut zusätzlich weh.« (IG BCE 2018c: o.S.) In den Kohlerevieren im Osten erkennen Beschäftigte und Gewerkschaften Kontinui-

täten in der Missachtung der Interessen von Kohlearbeiter:innen heute und nach der Wende:

»Diese große Deindustrialisierung, die hatten wir nach der Wende schon. [...] Hier sind über Nacht 50.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. [...] Und da hat man eine riesige Arbeitslosigkeit und einen riesigen Frust produziert hier im Osten.« (Interviewpartner NN2, persönliches Interview, IG BCE, 07.08.2019)

Gegen eine wahrgenommene verzerrte und geringschätzende Repräsentation von Kohlearbeiter:innen richten sich Forderungen nach kultureller Anerkennung und Wertschätzung der historischen und gegenwärtigen Leistungen der Kohlearbeiter:innen. Verwiesen wird zum einen auf die harte Arbeit im Kohlebergbau und den historischen Beitrag der Kohlearbeiter:innen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland. In einer gemeinsamen Erklärung von IG BCE und Verdi heißt es: »Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne die Leistungen und Opfer der Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier undenkbar gewesen.« (IG BCE/Verdi 2018: o.S.) Zum anderen wird der fortwährende gesellschaftliche Beitrag der Kohlearbeiter:innen hervorgehoben, die »dafür sorgen, dass es in Deutschland nicht dunkel wird« (IG BCE 2017: o.S.).

Im Gegensatz dazu kritisieren Klima-Aktivist:innen die fehlende Anerkennung (*non-recognition*) der jungen und kommenden Generationen und der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Menschen im »globalen Süden«. Im Widerspruch zu gewerkschaftlichen Narrativen beklagen Klima-Aktivist:innen eine Überrepräsentation der deutschen Kohlearbeiter:innen in der politischen und medialen Debatte. Während diese viel Raum in Debatten um eine gerechte Transformation einnehmen, würden die Interessen und Rechte der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Menschen im »globalen Süden« nicht in gleichem Maße in der Debatte wahrgenommen. Gleiches galt lange Zeit für die junge Generation, deren Interessen an einer klimafreundlichen Zukunft jedoch seit *Fridays For Future* stärker in die Transformationsdebatte Eingang finden.

5. Raus aus dem Gerechtigkeitsdilemma? Strategien zur Bearbeitung der Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima*

Die Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima* beim Kohleausstieg in Deutschland ist von widerstreitenden Forderungen nach Verteilungs-, Wiedergutmachungs-, Verfahrens- und Anerkennungsgerechtigkeit durchzogen. Die gegensätzlichen Ansprüche an eine sozial- und klimagerechte Transformation stellen die Gesellschaft vor die Herausforderung, einen Umgang mit diesem »Gerechtigkeitsdilemma« (Müller/Lindenberg 2016: o.S.) zu finden. Drei unterschiedliche Strategien zur Bearbeitung dieser Gerechtigkeitskonflikte lassen sich in der Analyse des Kohlekonflikts finden: *Konfrontation*, *Kompromiss* und *Konfliktverschiebung*. Diese verschiedenen Konfliktbearbeitungsstrategien können dazu beitragen, den diskursiven Graben zwischen Klimaschutz und Arbeitsplätzen zu vergrößern oder zu überbrücken und damit eine sozialökologische Transformation zu erschweren oder zu ermöglichen.

5.1 Konfrontation

Ein schneller Kohleausstieg ist für globale Klimagerechtigkeit und die Einhaltung der deutschen Klimaziele unabdingbar. Ein sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohle benötigt hingegen viel Zeit für die Planung und Umsetzung von Strukturmaßnahmen wie Infrastrukturvorhaben, Ansiedlungen von neuen Industrien und Umschulungs- und Ausbildungsprogramme (Newell 2018). Wenn es zutrifft, dass dieser Zielkonflikt unter den gegebenen Bedingungen unauflösbar ist, dann liegt eine naheliegende Strategie für die jeweiligen Konfliktparteien in der Konfrontation und der Aufwertung der eigenen Gerechtigkeitsforderungen durch die Abwertung konkurrierender Forderungen. Die Kohlebefürworter:innen, insbesondere die IG BCE, verfolgten lange Zeit diese Strategie, die zwar nicht die klimapolitische Notwendigkeit des Kohleausstiegs leugnet, aber den Erhalt der Kohleindustrie klar über die Anforderungen an Klimaschutz stellt. Dafür bediente sie typische Argumentationsmuster der Klimaverzögerungen (Lamb et al. 2020), welche die Kohle als Brückentechnologie für die Energiewende darstellen, die negativen Auswirkungen des Kohleausstiegs überbetonen, Verantwortung für CO₂-Reduktionen auf andere Sektoren und Länder verschieben und damit notwendige Klimaschutzmaßnahmen hinauszögern.

Die Kohlegegner:innen verfolgten ebenfalls über weite Strecken des Konflikts eine Konfrontationsstrategie durch disruptive und öffentlichkeits-

wirksame Aktionen des zivilen Ungehorsams und des Klimastreiks. Dadurch erhöhten sie den öffentlichen Druck für einen schnellen Kohleausstieg und nahmen dabei den Konflikt mit den Beschäftigungsinteressen der Kohlearbeiter:innen in Kauf. Die Interessen junger und zukünftiger Generationen und Millionen von Menschen im »globalen Süden« an einer lebenswerten Zukunft, die durch Tagebaue vertriebenen Anwohner:innen und letztlich das Überleben der menschlichen Zivilisation wurden als wichtiger angesehen als die Sorge um die wenigen verbleibenden Arbeitsplätze in einem schrumpfenden Industriezweig mit einer kurz vor dem Ruhestand stehenden Belegschaft, die auf soziale Sicherheitsnetze und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zurückgreifen kann. Klima-Aktivist:innen rechtfertigen die Hierarchisierung von Gerechtigkeitsforderungen durch einen unauflösbaren Zielkonflikt:

»Du musst dich jetzt entscheiden zwischen Arbeitsplätzen und Klima. *Win-win* Situation ist nicht drin. ›Kohleausstieg jetzt!‹ heißt: *Screwing the workers*. Und zwar nicht: *screwing the workers*, dass sie in die ungeschützte Arbeitslosigkeit geschickt werden, sondern dass die auf der Höhe des deutschen Wohlfahrtsstaats versorgt werden.« (Interviewpartner NN1, persönliches Interview, Klimagerechtigkeitsaktivist, 20.08.2019)

Des Weiteren wird ein Primat des Klimaschutzes und der Klimagerechtigkeit artikuliert, der eine Kompromissfindung ausschließt:

»Eine Schwierigkeit in diesen Gesprächen [mit Gewerkschafter:innen] war, dass ich aus einer Klimaperspektive eigentlich nicht wirklich von meinen Positionen abweichen kann. Also, ich kann ein Verständnis dafür entwickeln, was bei den Leuten passiert ... und auch mein Interesse artikulieren, dass man da eine gemeinsame Lösung findet, aber es gibt eigentlich keinen Kompromiss.« (Interviewpartner NN2, persönliches Interview, Klimagerechtigkeitsaktivist, 27.08.2019)

Die Konfrontations- und Hierarchisierungsstrategien beider Seiten führten im Kohlekonflikt zu einer Pattsituation. Keiner der Konfliktparteien gelang es in der öffentlichen Debatte, die eigene Position unumstritten durchzusetzen und die andere Seite umfänglich zu delegitimieren. Zwar schaffte die Klimabewegung den Diskurs so zu verschieben, dass sich ein Möglichkeitsfenster für einen Kohleausstieg öffnete. Doch den Aktivist:innen wurde auch vor Augen geführt, wie schwierig es ist, ambitionierte Klimapolitik gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchzusetzen. Für die Gewerkschaften hinge-

gen stellte sich heraus, dass es im Angesicht der Klimakrise nur schwer zu vermitteln ist, an fossilen Industrien rigoros festzuhalten und die Dringlichkeit des klimapolitischen Handelns zu leugnen. Zu den nicht-intendierten Folgen der Konfrontationsstrategien zählen, erstens, die Spaltung und Zersplitterung progressiver Kräfte entlang der Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima* und der Spannungslinie *sozial vs. ökologisch*. Zweitens bedienen Hierarchisierungsstrategien die Narrative fossiler Interessengruppen, welche die vermeintliche Unvereinbarkeit von Arbeitsplätzen und Klimaschutz und von sozialen und ökologischen Fragen hervorheben, um beide Seiten gegeneinander auszuspielen und die Abwicklung fossiler Geschäftsmodelle abzuwenden. Drittens schaffte das gegenseitige Ausspielen von globaler Klimagerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit in den betroffenen Regionen den Nährboden für rechte Kräfte. So versuchte etwa die AfD den Unmut in der Bevölkerung über den Wegfall von Arbeitsplätzen im Zuge des Kohleausstiegs für ihre Ziele zu instrumentalisieren (Nasr 2019).

5.2 Kompromissuche

Dialog- und kompromissorientierte Strategien stehen konfrontativen Strategien der Konfliktbearbeitung gegenüber. Diese versuchen nicht die eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen gegen die der anderen durchzusetzen, sondern suchen Kompromisslösungen auf dem Verhandlungsweg. Mit Eintritt in die Kohlekommission begannen Gewerkschaften und Umweltverbänden diese Strategie zu verfolgen. In diesem institutionellen Rahmen der korporatistischen und konsensorientierten Konfliktbearbeitung akzeptierten beide Seiten, dass sie von den eigenen Forderungen ein Stück weit abrücken, Zugeständnisse machen und Kompromisse eingehen müssen. Auf der einen Seite stimmten die Umweltverbände dem Kohlekompromiss trotz spätem Ausstiegsdatum zu, um eine politische Einigung für einen Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle überhaupt möglich zu machen. Auf der anderen Seite zeigten sich Gewerkschaften mit den Kommissionsempfehlungen zufrieden, da sie zwar das absehbare Ende der Kohleindustrie bedeuten, aber dabei aufgrund des langsamen und sozialverträglichen Ausstiegspaths keine sozialen Härten für ihre Mitglieder erzeugen. Eine gemeinsame Suche nach Konfliktlösungen, die über Kompromisse zwischen widerstreitenden Gerechtigkeitsvorstellungen hinausgeht, blieb jedoch erfolglos. Zwar bewegten sich Umweltverbände auf Gewerkschaften zu, indem sie Forderungen nach Sozial- und Strukturmaßnahmen mit aufnahmen. Doch führte dies nicht

zu einer gegenseitigen Annäherung, wie Martin Kaiser, Geschäftsführer von *Greenpeace* und Mitglied in der Kohlekommission rückblickend feststellt:

»Der Glaube von uns am Anfang, dass die Gewerkschaften vielleicht Interesse hätten mit uns Umweltorganisationen eine strategische Allianz zu bilden, und zu sagen: ›Ja, wir steigen aus der Kohle aus, aber nur dann, wenn es auch bestimmte Sozialpakete gibt und Strukturhilfen in den Regionen«. Das hat sich halt nicht beständig erwiesen am Schluss, weil dann haben die Gewerkschaften uns richtig im Regen stehen lassen. Also, die haben in keins-ter Weise einen ambitionierten Kohleausstieg unterstützt.« (Martin Kaiser, persönliches Interview, *Greenpeace*, 26.07.2019)

Somit kam es in der Kommission zu einer Abwägung widerstreitender Interessen in der Verhandlungslogik eines Nullsummenspiels, bei der die Zugeständnisse an die eine Seite die Verluste der anderen sind (Cohen 2016). Eine Einigung konnte schlussendlich nur erzielt werden, weil Umweltverbände von den aus Klimaschutzperspektive notwendigen Maßnahmen abrückten, Verteilungskonflikte durch die Zusicherung hoher Summen an staatlichen Geldern für Sozial- und Strukturpläne entschärft wurden und weil ein drohendes Scheitern der Kommission für beide Seiten höhere Kosten in Form von Planungsunsicherheit für Gewerkschaften und Zeitverluste für klimapolitisches Handeln für Umweltverbände bedeutet hätte.

Dialog- und kompromissorientierte Konfliktbearbeitung in korporatischen Systemen stellen Institutionen, Strukturen und Machtverhältnisse, die ein sozial- und klimagerechtes Leben verhindern, nicht grundlegend infrage. Somit findet die Suche nach Konfliktlösungen in einem engen Korridor grüncapitalistischer Krisenbearbeitung statt, in dem Erwartungen an radikalen Klimaschutz durch *Degrowth* sowie an gesicherte, selbstbestimmte und sinnstiftende Arbeit nur schwer zu erfüllen sind (Hickel/Kallis 2020). Inwiefern mit dialog- und kompromissorientierten Konfliktstrategien für die Konfliktpartei:innen zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden, hängt von Machtverhältnissen und Verhandlungsgeschicken ab. So erreichten die Gewerkschaften aufgrund ihrer Verhandlungserfahrung und starken Machtposition im Kohlebündnis mit wirtschaftlichen und politischen Eliten, dass weite Teile ihrer Forderungen berücksichtigt wurden. Umweltverbände, Bürger:innen-Initiativen und Klimawissenschaftler:innen konnten hingegen keine ausreichende Gegenmacht aufbauen, um einen deutlich vorgezogen Kohleausstieg in der Kommission durchzusetzen. Aus Klimagerechtigkeits-

Perspektive lieferten Kompromissstrategien keine zufriedenstellenden Ergebnisse und auch aus Beschäftigtenperspektive gibt es Zweifel, dass die getroffenen Strukturmaßnahmen tatsächlich für gute Arbeit in den Kohlere Regionen sorgen (Sander/Siebenmorgen/Becker 2021). Da trotz Versuche der Umweltverbände das *Arbeit vs. Klima*-Dilemma in der Kommission nicht aufgelöst werden konnte, lief die Kompromissuche darauf hinaus, dass gesellschaftliche Interessen an Arbeitsplätzen und Klimaschutz nach Nullsummenlogik gegeneinander abgewogen wurden.

5.3 Konfliktverschiebung

Während Konfrontations- und Kompromissstrategien der Logik eines *Arbeit vs. Klima*-Nullsummenspiels folgen, versuchen transformative Konfliktstrategien diesen Gegensatz aufzuheben und globale Klimagerechtigkeit mit sozialer Gerechtigkeit vor Ort zu verknüpfen. Voraussetzung hierfür ist, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Krisenphänomenen zu erkennen. Der Soziologe Klaus Dörre (2019) bezeichnet den Krisenzusammenhang zwischen ökonomischer und ökologischer Krise als ökonomisch-ökologische Zangenkrise des Kapitalismus. Wirtschaftswachstum als dominante Antwort auf Wirtschaftskrisen verursacht die ökologische Krise, während es gleichzeitig Klassenkonflikte zwischen Arbeit und Kapital entschärft und somit einen Gegensatz zwischen Arbeit und Klima erzeugt. Eine solche Krisendiagnose weist den Weg für transformative Strategien, welche die Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima* hin zur Konfliktlinie *Arbeit und Klima vs. Kapital* verschieben und mit grundlegenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft über den Kapitalismus hinausweisen. Das kann etwa bedeuten, dass die Kosten für eine schnelle Dekarbonisierung und Schrumpfung des industriellen Stoffwechsels von Unternehmen und Vermögenden statt von Arbeitnehmer:innen und Menschen mit niedrigen Einkommen getragen werden, dass die gesellschaftliche und demokratische Kontrolle über Schlüsselindustrien in wichtigen Transformationsfeldern erlangt wird, dass eine teilweise Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaftskreisläufe stattfindet, dass Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen in grünen Sektoren entstehen, während Arbeitszeit verkürzt und gesellschaftsrelevante Care-Arbeiten aufgewertet und umverteilt werden, dass die von Transformation und Klimawandel unmittelbar Betroffenen zentral in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, und dass im Sinne der wiedergutmachenden Gerechtigkeit die Kli-

maschulden des ›globalen Nordens‹ beglichen werden (siehe bspw. Dörre/Schickert 2019; Satgar 2018; Winker 2015).

Im Kohlekonflikt sind transformative Konfliktstrategien jedoch kaum zu beobachten. Im Zuge der Proteste von *Fridays For Future* kam es bei Verdi verstärkt zu internen Debatten über den eigenen Kohlekurs und die Kombination von guter Arbeit und Klimaschutz. Doch die großen Gewerkschaften in Deutschland sind Teil eines *Carbon lock-ins* (Unruh 2000) aufgrund enger Verflechtungen mit fossilen Unternehmen und den unmittelbaren materiellen Interessen der Beschäftigten in den fossilen Industrien. Eine transformative Konfliktbearbeitung und eine Verschiebung der Konfliktlinie von *Arbeit vs. Klima* zu *Arbeit und Klima vs. Kapital* findet daher im Konflikt um den Kohleausstieg nicht statt. Einige wenige Ausnahmen sind die Verdi-Basisgruppe *Gewerkschafter:innen für Klimaschutz*, die sich für Klimagerechtigkeit, Wirtschaftsdemokratie und radikale Arbeitszeitverkürzung einsetzt sowie die nicht-gewerkschaftliche Kampagne *RWE & Co enteignen*, die auf die Enteignung des Energiekonzerns RWE und die Vergesellschaftung des Energiesektors abzielt.

Ein Blick auf andere Transformationsfelder lohnt da mehr und zeigt erste Versuche transformative Potenziale auszuloten. BUND und IG Metall veröffentlichten gemeinsame Positionspapiere zur Mobilitätswende, die IG Metall organisierte die *#FairWandel*-Großkundgebung und in mehreren Städten demonstrierten Aktivist:innen von *Fridays For Future* zusammen mit Gewerkschafter:innen von Verdi für mehr Klimaschutz und bessere Arbeitsbedingungen im Rahmen von Tarifverhandlungen im ÖPNV (Liebig/Lucht 2022). Ein herausstechendes Beispiel transformativer Konfliktbearbeitung ist der Zusammenschluss von Klimagruppen mit Beschäftigten eines von Schließung bedrohten *Bosch*-Werks in München. Beide kämpfen gemeinsam für den Erhalt der Arbeitsplätze durch die Umstellung der Produktion auf klimafreundliche Produkte. Damit richten sie sich gegen eine Konzernstrategie des Job Blackmail (Kazis/Grossmann 1982), welche die Werkschließung mit der Umstellung auf Elektromobilität begründet und sich dabei des Narratives *Arbeit vs. Klima* bedient. In der Petition der *Bosch*-Belegschaft heißt es: »Wir wehren uns gegen diesen Versuch, unser Werk unter dem Deckmantel des Klimaschutzes zu schließen und fordern den Erhalt unseres Standortes und die Umstellung auf eine klimafreundliche Produktion.« (Klasse gegen Klasse 2021: o.S.)

Allerdings verbleibt es bislang bei diesen zaghaften Versuchen, Allianzen zwischen Gewerkschaften und Klimabewegung in Deutschland aufzubauen.

Bis breite transformative Allianzen für eine sozialökologische Transformation entstehen ist es noch ein weiter Weg, auf dem vor allem ideologische Kämpfe auszufechten sind. Bislang stehen verschiedene, inkompatible Perspektiven nebeneinander, die von ökologischer Modernisierung und grüner Industriepolitik über *Degrowth* hin zu ökosozialistischen Ansätzen reichen. Vor allem bei der Frage nach Wirtschaftswachstum oder *Degrowth* gehen gewerkschaftliche und klimapolitische Perspektiven weit auseinander (siehe auch Brand 2019).

6. Schlussbetrachtungen

»Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten!« Dieser einfache und sofort einleuchtende Slogan verbindet semantisch die Anliegen von Klimabewegungen und Gewerkschaften. Doch in konkreten Transformationsprozessen entstehen statt bewegungsübergreifender Transformationsallianzen häufig Konflikte entlang der Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima*. Der hart umkämpfte Ausstieg aus der Kohle in Deutschland bietet einen Vorgeschmack darauf, was im Zuge der Transformation der Automobilindustrie mit ihrer weitaus größeren Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsmodell, Industriebeschäftigte und regionale Wirtschaftsräume noch bevorsteht.

Gewerkschaften und Klimabewegung gerieten im Zuge des deutschen Kohleausstiegs mit gegenläufigen Forderungen nach Verteilungs-, Beteiligungs-, Anerkennungs- und Wiedergutmachungsgerechtigkeit aneinander. Da unter den gegebenen Bedingungen ein schneller Kohleausstieg nur schwer vereinbar mit den zeitlichen Erfordernissen für einen sozialverträglichen Strukturwandel ist, entstand ein Gerechtigkeitsdilemma zwischen globaler Klimagerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit für Kohlearbeiter:innen und Kohleregionen. Gewerkschaften und Klimabewegung reagierten darauf mit zwei Konfliktstrategien. Die eine Strategie zielte auf Konfrontation und darauf, das Gerechtigkeitsdilemma zu einer Seite hin aufzulösen, indem die Verteidigung von Arbeitsplätzen dem Klimaschutz übergeordnet wurde und vice versa. Die andere Strategie verlagerte den Konflikt in einen institutionellen Rahmen, suchte den Kompromiss zwischen widerstreitenden Gerechtigkeitsvorstellungen und erzwang Zugeständnisse von beiden Verhandlungsgruppen. Beide Strategien erfüllen weder aus klimapolitischer noch aus gewerkschaftlicher Perspektive die Erfordernisse an eine gerechte Transformation, da sie weder die Einhaltung der Pariser Klimaziele erreichen noch zukunftssichere Perspektiven für gute Arbeit schaffen. Darüber hinaus

reproduzieren beide Strategien das Narrativ eines Gegensatzes zwischen Arbeitsplätzen und Klimaschutz und erleichtern somit fossilen und rechten Kräften beide Anliegen gegeneinander auszuspielen, um die fossilistische imperiale Lebensweise autoritär zu stabilisieren (Brand 2017). Eine dritte, nur in Ansätzen vorfindbare Strategie, verschiebt die Konfliktlinie *Arbeit vs. Klima* hin zu *Arbeit und Klima vs. Kapital* und verbindet gute Arbeit und Klimagerechtigkeit sowie soziale und ökologische Fragen in einer radikalen sozialökologischen Transformation. Dabei stehen u.a. die Umverteilung von Transformationskosten, die Vergesellschaftung von transformationsrelevanten Sektoren und die Demokratisierung der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsfindung im Mittelpunkt. Auch transformative Strategien können jedoch nicht alle Spannungen und Zielkonflikte auflösen. Insbesondere der Widerspruch zwischen Klimagerechtigkeit und den unmittelbaren materiellen Interessen von Industriearbeiter:innen im »globalen Norden«, die mehr zu verlieren haben als ihre Ketten, wird bestehen bleiben. Dennoch könnten die ersten zaghaften Versuche transformativer Bündnispolitik richtungsweisend für weitergehende Bemühungen sein, das vermeintliche Nullsummenspiel um Arbeitsplätze oder Klimaschutz zu modifizieren, verbindende Narrative über gute und klimagerechte Arbeit zu verbreiten und Allianzen für eine sozialökologische Transformation aufzubauen.

Literaturverzeichnis

- Behrmann, Inken (2018): »Kohleausstieg: Verhindert die Heizeit!«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9, S. 45–52.
- Brand, Ulrich (2019): »In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7, S. 79–88.
- Cohen, Jonathan (2016): »A genesis of conflict: The zero-sum mindset«, in: Journal of Conflict Resolution 17, S. 427–444.
- De Moor, List/Uba, Katrin/Wahlström, Mattias/Wennerhag, Magnus/De Vydt, Michiel (2020): Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20–27 September, 2019, in 19 cities around the world, o.O.: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, URL: <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2020/02/Protest-for-a-Future-II-2020-02-24.pdf> [abgerufen am 15.08.2022].

- Dörre, Klaus (2019): »Risiko Kapitalismus«, in: Klaus Dörre/Hartmut Rosa/Karina Becker/Sophie Bose/Benjamin Seyd (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Wiesbaden: Springer, S. 3–33.
- Dörre, Klaus/Schickert, Christiane (Hg.) (2019): *Neosozialismus: Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus*, München: oekom.
- Ende Gelände (2019): »Pressemitteilung vom 06. Februar 2019«, URL: <https://www.ende-gelaende.org/press-release/pressemitteilung-vom-06-februar-2019/> [abgerufen am 22.09.2022].
- Habrich-Böcker, Christiane/Kirchner, Beate/Weißenberg, Peter (2015): »Die energieintensiven Branchen«, in: Christiane Habrich-Böcker/Beate Kirchner/Peter Weißenberg (Hg.), *Fracking—Die neue Produktionsgeografie*, Wiesbaden: Springer, S. 63–80.
- Hauenstein, Christian/Hainsch, Karlo/Herpich, Philipp/Von Hirschhausen, Christian/Holz, Franziska/Kemfert, Claudia/Kendzioriski, Mario/Oei, Pao-Yu/Rieve, Catharina (2022): »Stromversorgung auch ohne russische Energielieferungen und trotz Atomausstiegs sicher – Kohleausstieg 2030 bleibt machbar«, in: *DIW aktuell* 84, S. 1–9.
- IG BCE (2014): »Geordneter Strukturwandel statt Energiewende zu Lasten der Beschäftigten«, URL: <https://igbce.de/igbce/geordneter-strukturwandel-statt-energiewende-zu-lasten-der-beschaeftigten--22552> [abgerufen am 22.09.2022].
- IG BCE (2016): »Bergleute haben die Schnauze voll von Gewalt! Wir fahren nach Berlin!«, URL: <https://alsdorf.igbce.de/-/IRo> [abgerufen am 07.02.2020].
- IG BCE (2017): »Das verletzt uns tief in unserem Herzen«, URL: <https://igbce.de/-/PHs> [abgerufen am 07.02.2020].
- IG BCE (2018a): »Keiner darf durch den Strukturwandel Nachteile erleiden«, URL: <https://igbce.de/-/TP2> [abgerufen am 07.02.2020].
- IG BCE (2018b): »Reviere brauchen Perspektiven für gute Industriearbeit«, URL: <https://igbce.de/igbce/-reviere-brauchen-perspektiven-fuer-gute-industriearbeit--23728> [abgerufen am 22.09.2022].
- IG BCE (2018c): »Der Horror von Hambach«, URL: <https://igbce.de/-/Rro> [abgerufen am 07.02.2020].
- IG BCE (2019): »Kommission zeichnet akzeptablen Pfad zum Ende der Kohleverstromung«, URL: <https://igbce.de/igbce/kompromiss-zeichnet-akzeptablen-pfad-zum-ende-der-kohleverstromung-23878> [abgerufen am 22.09.2022].
- IG BCE/Verdi (2018): »Der Revier-Appell: Unser Revier! Unsere Zukunft!«, *Bezirk Linker Niederrhein*, URL: <https://linker-niederrhein.verdi.de/>

- ++file++5b680f1556c12f60e66d16ab/download/180802_Rheinischer_Appell.pdf [abgerufen am 22.09.2022].
- IG Metall (2014): »Nachhaltig – aber auch sozial? Arbeitsbedingungen und Einkommen in den Erneuerbaren Energien«, URL: <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/umwelt-und-energie/nachhaltig-aber-auch-sozial> [abgerufen am 15.08.2022].
- Jenkins, Kirsten/Sovacool, Benjamin/McCauley, Darren (2018): »Humanizing sociotechnical transitions through energy justice: An ethical framework for global transformative change«, in: *Energy Policy* 117, S. 66–74.
- Kazis, Richard/Grossman, Richard (1982): *Fear at work: Job blackmail, labor, and the environment*, New York: Pilgrim Press.
- Klasse gegen Klasse (2021): »Petition Bosch Belegschaft: Werk erhalten, Produktion umstellen«, URL: <https://www.klassegegenklasse.org/petition-bosch-belegschaft-werk-erhalten-produktion-umstellen/> [abgerufen am 15.08.2022].
- Lamb, William/Mattioli, Giulio/Levi, Sebastian/Roberts, J. Timmons/Capstick, Stuart/Creutzig, Felix/Minx, Jan/Müller-Hansen, Finn/Culhane, Trevor/Steinberger, Julia (2020): »Discourses of climate delay«, in: *Global Sustainability* 3, S. 1–5.
- Lewin, Philip (2019): »Coal is Not Just a Job, It's a Way of Life: The Cultural Politics of Coal Production in Central Appalachia«, in: *Social Problems* 66, S. 51–68.
- Liebig, Steffen/Lucht, Kim (2022): *Fahren wir zusammen?: Die öko-soziale Allianz von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV*, Hamburg: VSA Verlag.
- McCauley, Darren/Heffron, Raphael/Stephan, Hannes/Jenkins, Kirsten (2013): »Advancing energy justice: The triumvirate of tenets«, in: *International Energy Law Review* 32, S. 107–110.
- Morena, Edouard/Krause, Dunja/Stevis, Dimitris (Hg.) (2019): *Just Transitions: Social Justice in the Shift Towards a Low-Carbon World*, London: Pluto Press.
- Müller, Tadzio/Lindenberg, Hannes (2016): »Ende Gelände im Gerechtigkeitsdilemma«, in: *Zeitschrift LuXemburg* vom September 2016, o.S., URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/ende-gelaende-gerechtigkeitsdilemma/> [abgerufen am 15.08.2022].
- Nasr, Joseph (2019): »As end looms for coal, German mining region shifts right«, in: *Reuters* vom 11.04.2019, o.S., URL: <https://www.reuters.com/article/us-germany-politics-coal/as-end-looms-for-coal-german-mining-region-shifts-right-idUSKCN1RNoPD> [abgerufen am 19.09.2022].

- Newell, Peter (2018): »Squaring urgency and equity in the Just Transition debate«, in: Medium vom 24.10.2018, o.S., URL: <https://medium.com/just-transitions/newell-8d41bb570076> [abgerufen am 15.08.2022].
- Räthzel, Nora/Stevis, Dimitris/Uzzell, David (2021): *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*, Cham: Palgrave Macmillan.
- Robinson, Stacy-Ann/Carlson, D'Arcy (2021): »A just alternative to litigation: applying restorative justice to climate-related loss and damage«, in: *Third World Quarterly* 42, S. 1384–1395.
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (2019): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*, Berlin: Eigenverlag, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_4-19_Nach_der_Kohle.pdf [abgerufen am 15.08.2022].
- RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018): *Strukturdaten für die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung*, Essen: Eigenverlag, URL: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/strukturdaten-der-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf> [abgerufen am 15.08.2022].
- Sander, Hendrik/Siebenmorgen, Bastian/Becker, Sören (2021): *Kohleausstieg und Strukturwandel. Für eine sozial-ökologische Transformation im Revier*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Satgar, Vishwas (2018): *Climate Crisis: South African and Global Democratic Eco-socialist Alternatives*, Johannesburg: Wits University Press.
- Schlosberg, David (2004): »Reconceiving environmental justice: Global movements and political theories«, in: *Environmental Politics* 13, S. 517–540.
- Schwarz, Susanne/Teune, Simon (2020): »Eine Bewegung braucht mehrere Strategien«, in: *klimareporter* vom 17.09.2020, o.S., URL: <https://www.klimareporter.de/protest/eine-bewegung-braucht-mehrere-strategien> [abgerufen am 15.08.2022].
- Sealey-Huggins, Leon (2017): »1.5°C to stay alive: climate change, imperialism and justice for the Caribbean«, in: *Third World Quarterly* 38, S. 2444–2463.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)/Bündnis 90/Die Grünen/Freie Demokratische Partei (FDP) (2021): »Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP«, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> [abgerufen am 19.09.2022].
- Umweltbundesamt (2022): »Bruttostromerzeugung nach Energieträgern«, URL: <https://www.umweltbundesamt.de/bild/bruttostromerzeugung-nach-energietraegern> [abgerufen am 15.08.2022].

- Unruh, Gregory (2000): »Understanding carbon lock-in«, in: *Energy Policy* 28, S. 817–830.
- Verdi (2016): »Gutachten: Sozialverträgliche Ausgestaltung eines Kohlekonsenses«, Berlin: enervis, URL: https://ver-und-entsorgung.verdi.de/++file++5800cc3e7713b8528b9bcf82/download/Verdi_Gutachten%20Sozialvert+ra%CC%88glicher%20Kohlekonsens_Dokumentation_gesendet%2022%2009.pdf [abgerufen am 22.09.2022].
- Verdi (2019): »Gegen die Rodung des Hambacher Forsts und Ausstieg aus der Braunkohleindustrie, Antrag Co39 auf dem Verdi Bundeskongress«, URL: <https://bundeskongress.openslides.verdi.de/motions/2119> [abgerufen am 15.08.2022].
- Warlenius, Rikard (2018): »Decolonizing the Atmosphere: The Climate Justice Movement on Climate Debt«, in: *The Journal of Environment & Development* 27, S. 131–155.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld: transcript.
- Wuppertal Institut (2016): *Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz*, o.O.: Eigenverlag URL: https://wupperinst.org/uploads/tx_wupperinst/Strukturwandel_Lausitz.pdf [abgerufen am 15.08.2022].